

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

15.3.1870 (No. 63)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 15. März.

N. 63.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

† Stuttgart, 14. März. Die Abgeordneten-Kammer hat den Gesetzentwurf über das metrische Maß und Gewicht angenommen. Einführungsstermin ist der 1. Jan. 1872, für das Flächenmaß das Jahr 1876. — Großfürst Michael von Rußland ist hier angekommen.

† Paris, 13. März. Man versichert, daß in Folge des Kammervotums der Maréchal Mac Mahon seine Entlassung als Gouverneur von Algerien bei der Regierung eingereicht habe. — Der Graf Montalembert ist gestorben.

† Washington, 13. März. Die Konsolidirungs-Bill des Senats ist an das Repräsentantenhaus gegangen und dort dem Finanzkomitee zugewiesen worden. Man glaubt, die Bill werde bedeutend modifizirt oder zurückgewiesen werden.

Deutschland.

Karlsruhe, 14. März. Se. Kaiserl. Hoheit der Großfürst Michael von Rußland hat sich heute Vormittag 10 Uhr 40 Min. zum Besuch der königlich württembergischen Familie nach Stuttgart begeben und gedenkt morgen hierher zurückzukehren.

O Stuttgart, 13. März. Gestern ist in der Abgeordneten-Kammer die erste politische Schlacht zwischen dem Ministerium und der von Mayer von Besigheim geführten äußersten Linken geschlagen worden. Der Sieg und zwar ein glänzender Sieg blieb dem Ministerium. Es handelte sich um die provisorische Bewilligung von 8 Mill. Gulden zur Fortsetzung des Eisenbahnbaues.

Die volkswirtschaftliche Kommission beantragte einstimmig die Bewilligung und bestimmte nur, daß die Aufnahme mittelst Anleihen „unter möglichst billigen Bedingungen“ geschehe. Der Abg. Mayer will zwar keinen Gegenantrag stellen, erinnert jedoch an die verschiedenen Mißtrauensvoten, welche die Volkspartei dem Hrn. v. Barnbiller in seiner Eigenschaft als Minister des Auswärtigen sowohl als in der eines Verkehrsminister ausgesprochen. In Betreff der äußeren Angelegenheiten werde die Gelegenheit darüber zu sprechen sich später ergeben. Für heute handle es sich um den Verkehrsminister und dieser sei dem Mißtrauen der Volkspartei verfallen, sowohl wegen des Baues der Schwarzwaldbahn, als wegen des Mißbrauches der Wöblinger und der Marthalbahn, sowie wegen Schädigung der finanziellen Lage des Landes. Die Kammer befände sich nun in einer Zwangslage und zwar wegen der verspäteten Einberufung derselben. Man könne, weil es zu spät sei, keinen andern Ausweg suchen als das Anleihen und etwa die Schaffung weiteren Papiergeldes.

Zustizminister v. Mittnacht rügt zunächst diese stete Bedrohung mit Mißtrauensvoten. Damit sollte man etwas zurückhaltender sein und nur davon sprechen, wenn man sie wirklich stellen wolle und letzteres nur thun, wenn man im Stande und Willens sei, auch sofort an die Stelle der abgehenden Minister zu treten. Er frage aber, welche Partei in diesem Saale das jetzt thun könnte, ohne die Interessen des Landes zu verletzen? Die Zukunftspläne des Abg. Mayer von Besigheim hätten, das glaube er sicher zu sein, nicht die Nothwendigkeit des Landes. Die „gemäßigte Linke“ (so bezeichnet Oberer die sogenannten „Großdeutschen“) würden bald genug mit der äußersten Linken in Opposition kommen, abgesehen von der Opposition der Rechten, und sich somit nicht halten können. Uebrigens müßte er seinerseits den Gehörten von sich weisen, den ihnen Mayer und seine Partei imputiren wollten, als ob die Minister gegen ihre Ueberzeugung handelten, nur um sich an ihren Ministerien festzuklamern. Was die äußere Politik betreffe, so sei er im Amte sich befindend (1867) nichts geschehen, wofür er nicht ausdrücklich die Verantwortlichkeit mit übernehme. Den Vorwurf, daß die Kammer abfällig fern gehalten worden, müsse er als ganz unbegründet und oft widerlegt zurückweisen. Jedermann, der nicht so sehr Parteimann sei, daß er die Wahrheit nicht mehr zu erkennen vermöge, wisse, daß es der Kammer an Stoff zu Beratungen gefehlt habe. (Beifälliges Bravo.)

Diese wirklich staatsmännische Rede ist von politischer Bedeutung, indem sie auf die unzweideutige Weise die Solidarität des Ministeriums betont. Auch brachte sie einen unverkennbaren Eindruck auf die Versammlung hervor, so daß selbst der auf Hülfsloshitsformeln sonst wenig gebende republikanische Puritaner Hopp den Ausdruck des Bedauerns voranschicken zu sollen glaubte, daß er trotz der Rede des Hrn. Zustizministers dem Ministerium sein hieher schon ausgesprochenes Mißtrauensvotum wiederholen müsse.

Minister Febr. v. Barnbiller wendet sich gegen Mayer, der die ersten Pflichten eines Abgeordneten verfehlt habe, das was zum Gesetz des Landes geworden, zu ächten. Er greife das Ministerium wegen Etwas an, was es im Einvernehmen mit beiden Kammern gethan, wozu diese Kammer selbst mit überwiegender Mehrheit ihre Zustimmung gegeben, was vom ganzen Lande mit Jubel aufgenommen worden sei. Einer Kritik hierüber könne er mit Ruhe entgegensehen. Der Abgeordnete gebrauche, um seinen Ansichten größeren Nachdruck zu verleihen, das Ausfallsmittel, von der hinter ihm stehenden Landesversammlung der Volkspartei zu sprechen. Hier gebe es keine andere Landesversammlung, als die gesetzlichen Vertreter des Volkes, diese Kammer, alles Andere sei nichts als politischer Dilettantismus. Auch spreche der Hr. Abgeordnete stets per „Wir“. Er verleihe das nicht. Ob er sich etwa in den Träumen eines süddeutschen Bundespräsidenten wiege, oder ob er seine Parteigenossen als willenslose Werkzeuge oder bloße Automaten betrachte?

Im Uebrigen handelte es sich nur noch um Mobilisationen in der Reichsversammlung der von der Regierung geforderten Geldmittel (3 Millionen). Eben will, daß nicht bloß die Bankiers berücksichtigt, sondern auch öffentliche Subskription aufgelegt werde. Hildebrand wünscht, daß die öftere Wiederholung kleiner Anleihen zum Eisenbahnbau die Kurse der württemberg. Papiere herabdrücke, auch einmal ein Versuch mit einem Prämienanleihen gemacht werde und man etwa die 8 Millionen nur vorübergehend als eine Art schwebende Schuld aufnehme und bei einem nach Genehmigung des neuen Eisenbahnbau-Gesetz zu verabschiedenden größeren Anleihen diese 8 Millionen mit aufnehme und wieder abbezahle, dann werde man sie jetzt billiger erhalten. Moll ist nicht damit einverstanden, auch nicht mit der von Mayer angeregten Schaffung weiteren Papiergeldes.

Schließlich wird der Kommissionsantrag mit allen gegen die eine Stimme von Hopp angenommen. — Dem Staatsvertrag mit Bayern über Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Crailsheim nach Ansbach wird einstimmig beigegeben.

München, 12. März. (Bayr. Bl.) Der Finanzausschuß der Abgeordneten-Kammer beantragt, statt des postulirten Kredits von 3,665,000 fl. für Umrüstungs-gewehre nur 2,400,000 fl. für weitere 60,000 Gewehre und von dem ferneren Kreditverlangen zu 2,791,000 fl. für Festungsstationen, Garnisonsneubauten und Ausrüstungsgegenstände nur 52,000 fl. für Abänderung am Armatur-Werke zu genehmigen, das Uebrige aber auf die Budgetberatung zu verlagern.

Hamburg, 13. März. Zu Betriebsdirektoren bei der Hamburger Kommerz- und Diskontobank wurden für das Waarenfach Hr. P. J. Plate vom Hause H. J. Merk u. Comp., für das Bankfach Gustav Halberstadt, zuletzt Geschäftsführer bei Hoffe und Neumann ernannt. Auf die Geschäftswelt haben diese Ernennungen einen günstigen Eindruck hervorgebracht.

Odenburg, 8. März. In der heutigen Sitzung des Landtags ward die Abstimmung über den Antrag des Abg. Schildt, betreffend das Beitragsverhältnis zu den Zentralstellen des Großherzogthums widerholt und derselbe jetzt mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Danach beträgt für die nächste Quotenperiode bis 1875 einschließlich folgendes Beitragsverhältnis der drei Landesheile: Herzogthum 77 Prozent, Lützel 15 Prozent, Wirtemberg 8 Prozent. — Angenommen wird in zweiter Lesung das Gesetz, betreffend die Inkorporirung der vormals holsteinischen Gebietsheile und des Fürstenthums Lützel.

Berlin, 12. März. Der in der heutigen Sitzung des Reichstags vom Abg. Kryger gestellte Antrag, Nord-schleswig betreffend, fand keine Unterzückung. Bei der Beratung des Etat pro 1871 erklärte Staatsminister Desbriard, das Gesetz behufs Konsolidirung der Bundesanleihe werde schon in der nächsten Woche dem Reichstag vorgelegt. Was das Bankwesen anbelange, so sei dieses erst endgiltig mit der Münzfrage zu regeln. Ueber die Prämienanleihen sei in der diesjährigen Session keine Vorlage zu erwarten. Die fakultative Fabriksteuer für Spiritus sei unratksam.

Berlin, 12. März. (Köln. Z.) Dem Vernehmen nach ist Hr. Theodor v. Bunsen, jüngster Sohn des verstorbenen Gesandten in London, der früher preussischen Expeditionen nach dem Orient achtacht, später Gesandtschaftssekretär in Brasilien und Stockholm war, zum norddeutschen Gesandtschaftsträger und Generalkonsul in Peru bezieht. Die Bestätigung des Bundespräsidentiums wird nicht bezweifelt.

Berlin, 13. März. Vor kurzem ist vom König entschieden worden, welche Arten von größeren Truppenübungen im bevorstehenden Sommer in Preußen stattfinden sollen. Darnach werden vom 9. und 10. Armeekorps (Schleswig-Holstein und Hannover) Korpsmanöver vor dem Könige abgehalten. Für alle übrigen Armeekorps sind die herkömmlichen Divisionsübungen angeordnet. Dieselben finden im Spätsommer statt, und gleich nach ihrer Beendigung erfolgt die Entlassung der dreijährig gebienten Mannschaften zur Reserve. Im Anfang des Sommers sollen bei der Infanterie des 3., 4., 5. und 6. Armeekorps (Provinzen Brandenburg, Sachsen, Posen und Schlesien) vierzehntägige Reserveübungen abgehalten werden. Zu diesen Übungen erfolgt die Einziehung von schon einige Zeit im Reservestand stehenden Mannschaften. Es ist das eine neue Einrichtung. Bisher wurden zu Übungen bei den Armeekorps nur dann Reservisten einbezogen, wenn dieselben große Korpsmanöver auszuführen hatten. Landwehriübungen sollen im nächsten Sommer nur in den Bezirken des 1. und des 2. Armeekorps (Provinzen Preußen und Pommern) stattfinden.

Der Handelsminister Graf zu Hohenhausen hat sich gestern auf einige Tage nach seiner bei Wriezen gelegenen Besitzung Kunersdorf begeben. Hiesige Blätter verbreiten das Gerücht, der Graf hege die Absicht, wegen leidenden Gesundheitszustandes demnächst von seinem Posten zurückzutreten. Nach anderseitigen Behauptungen soll derselbe schon eine Entlassungsgesuch eingereicht haben. In Wirklichkeit entbehren alle diese Ausstellungen jeder Begründung. Graf Hohenhausen fühlt sich sehr wohl und hat nicht

im Mindesten den Wunsch, alsbald aus dem Staatsdienste auszuscheiden.

Die Mittheilungen einer hiesigen lithogr. Korrespondenz über die angeblich beabsichtigte Erhöhung der Steuer von Bier, Kaffee und Tabak, sowie über die Einführung einer Börsensteuer sind ihrer Fassung nach geeignet, Mißverständnisse zu erzeugen. Eine Erhöhung des Eingangszolls für Kaffee ist bekanntlich schon längere Zeit in Vorschlag. Auch dürfte beim nächsten Zollparlament ein darauf bezüglicher Antrag eingebracht werden. Ueber eine Erhöhung der Tabaksteuer bezw. des Importzolls für Tabak haben aber in neuerer Zeit zwischen den Zollvereins-Regierungen keine Verhandlungen wieder stattgefunden. Nach sehr bestimmten Versicherungen soll auch für das nächste Zollparlament keine darauf abzielende Vorlage zu erwarten sein. Die ganze Frage bedarf noch gründlicher Untersuchungen und Abwägungen. Was endlich die Fragen wegen einer höheren Besteuerung des Bieres und wegen Einführung einer Börsensteuer betrifft, so gehört die letztere bekanntlich zur verfassungsmäßigen Kompetenz der Bundesgesetzgebung, während die letztere schon einmal in den Weg dieser Gesetzgebung geleitet worden ist. Ueber beide sind Fortsetzungen im Gange. Keinenfalls stehen aber noch für die jetzige Session des norddeutschen Reichstages Vorlagen in Aussicht, welche solche Steuererhöhung bezw. Einführung bezwecken.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. März. Die „Wien. Ztg.“ enthält die amtliche Verlautbarung über die Enthbung des Hofraths v. Strobach aus dem Posten eines Wiener Polizeidirektors und die Ernennung des Hrn. v. Lemonnier zu seinem Nachfolger. Hofrath v. Strobach erhielt den Freiherrntitel; Hr. v. Lemonnier avancirt zum Ministerialrath. Weiter veröffentlicht das amtliche Blatt den von der österreichischen mit der russischen Regierung abgeschlossenen Vertrag über den Anschluß der Kiew-Obessaer an die Pemberg-Wiener Eisenbahn bei Wolocyska nebst einem diesbezüglichen protokollarischen Uebereinkommen. Ferner enthält die „Wien. Ztg.“ das vom Reichsrath beschlossene Gesetz über die Einführung neuer Goldmünzen und das Gesetz, betreffend die Einhebung von Verzugszinsen für die im vorgeschriebenen Termin nicht eingezahlten direkten Steuern und die Einhebung dieser Steuern überhaupt.

Wien, 12. März. Die österreichische Regierung ermächtigt in ihrer Eigenschaft als Präsidialmacht der letzten internationalen europäischen Telegraphenkonferenz in Folge einer Einladung des Präsidenten Grant den österreichischen Gesandten zu Washington zur Theilnahme an der internationalen Konferenz der Seemächte betreffs besseren Schutzes des atlantischen Kabels.

Wien, 12. März. Der Ausschuß des Reichsrathes berieth heute über die Vorlagen der Regierung, betreffs der Maßregeln, welche dieselbe gegen den Aufstand in Dalmatien getroffen hatte. Der Ausschuß nahm den Antrag an, wonach die Verfügungen der Regierung für gerechtfertigt erklärt und genehmigt werden, und wies alle Anträge, welche einen Tadel der Regierung bezweckten, zurück.

Wien, 12. März. Es ist hier die freilich nicht offizielle, aber vollständig verbürgte bestimmte Mittheilung eingegangen, daß der Pappst allen an ihn gerichteten Vorstellungen zum Trotz, weder in eine Veriagung des Konzils noch in ein falllassen des unsehlbarkeitsdogmas willigt. Wenn die österreichisch-ungarischen Bischöfe in ihren Entschlüssen bisher theilweise noch schwanfend waren, so sind sie es jetzt nicht mehr; sie werden so zeitig in ihre Diözesen zurückkehren, daß sie den betreffenden Beschlüssen des Konzils, die sie nicht hintanzuhalten vermögen, aus dem Wege gehen. „Bevor ich Priester wurde, war ich Oesterreicher“ — mit diesen Worten hat ein hervorragendes Mitglied des Episcopats seinen Standpunkt charakterisirt.

Wien, 13. März. Nach einer Mittheilung der heutigen „Presse“ ergab der Abschluß der Bücher der Anglo-bank per Ultimo Dezember einen Reingewinn von 9 Millionen Gulden in Silber. Abzüglich des Reservefonds und der zu vertheilenden Lottiemer verblieb hierauf per Aktie eine Dividende von 6 Livres Sterling.

Hiesige Blätter bringen die Nachricht, die Regierung werde im Laufe der gegenwärtigen Reichsraths-Session den Gesetzentwurf, betreffend die direkten Reichsraths-Wahlen, einbringen.

Wien, 13. März. In kurzem wird auch die Landwehr für die „im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder“ nicht mehr bloß auf dem Papier vorhanden sein. Der neue Landesverteidigungs-Minister hat das betreffende Organisationsstatut ausgearbeitet und es ist dasselbe, nachdem es die Genehmigung des Ministeriums erhalten, dem Kaiser zur Sanktion unterbreitet. Die Landwehr wird in 83 Infanterie- und Jägerbataillone und in 13 Kavallerie-Eskadrons aufgestellt sein. Spezialwaffen sind nicht in Aussicht genommen.

Italien.

† Florenz, 12. März. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde der Abvokat Biancheri mit 144 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Caroli erhielt 117 Stimmen. Der Ausschuss der Kammer bewilligte das provisorische Budget pro April.

Rom, 8. März. (Köln. Ztg.) Der Würfel ist gefallen! Innerhalb der nächsten Wochen, vielleicht in 14 Tagen, wird menschlicher Voraussicht nach der große Staatsstreik, durch den die Befugnisse der ganzen Kirche an den einen Mann mit der dreifachen Krone und diejenigen, welche nach ihm ihr Haupt mit derselben schmücken werden, übergehen sollen, eine vollendete Thatsache sein. Sie dürfte fortan eine schwere Last sein für denjenigen, der sie zu tragen hat, diese dreifache Krone, welche ihrem Inhaber die unbedingte Gewalt über die Gewissen und den Glauben aller Derer gibt, welche fortan der römisch-katholischen Kirche angehören und ihrer Segnungen theilhaftig werden wollen. Nur ein kleiner Passus in dem betreffenden Dekrete, derjenige, welcher die Unfehlbarkeit des römischen Bischofs auf dasselbe Objekt beschränkt, auf welches sich die Unfehlbarkeit der Kirche bezieht, erinnert daran, daß die Kurie wenigstens eine Rücksicht nicht vergessen hat: die auf die Mächte dieser Welt, deren Einsprüche mit dieser Nebenbedingung abgeschnitten werden soll; dem Gewissen und der Ueberzeugung so vieler Bischöfe, Gelehrter und rechtlicher Laien gegenüber ist dieser Schritt der Kurie und ihrer feste Absicht, sich durch nichts in ihren Absichten beirren zu lassen, die vollkommenste Rücksichtslosigkeit. Es ist für die freisinnigen Bischöfe eine angstvolle Zeit, in der die Peripetie des verhängnisvollen Drama's sich abspielt. Es scheint, daß sie die Hoffnung ganz aufgegeben haben, in Rom selbst mit ihrer Einsprache durchzubringen, und daß sie wirksamen Beistand nur noch von außen erwarten. Werdigsten verdanken wir diesem Umstande das schleunige Bekanntwerden jenes Dekrets, welches, kurz gesagt, das Alpha und Omega des ganzen Konziliums ist.

* Die deutschen und ungarischen Bischöfe haben einen Protest gegen die dem Konzil oktroyirte neue Geschäftsordnung eingereicht, welcher sich namentlich gegen die Bestimmung derselben richtet, daß auf Antrag von zehn Mitgliedern des Konzils durch Majoritätsbeschluß jede weitere Debatte über einen Gegenstand abgeschnitten werden kann. Der Protest führt aus, daß allerdings bei parlamentarischen Verhandlungen ein Schluß der Debatte beliebt werden könne, aber nicht bei den Verhandlungen eines Konzils; die Gesetze des Staats könnten nach Belieben wieder abgeändert werden, die Beschlüsse einer Kirchenversammlung aber hätten Gültigkeit nicht für Jahrhunderte, sondern für alle Zeiten. Ein Erfolg wird von diesem Einspruch bei der jetzt in Rom zum vollen Durchbruch gekommenen absolutistischen Strömung, welche unaufhaltsam auf ihr Ziel, die unbedingte Machtvollkommenheit des apostol. Stuhles, losgeht, freilich nicht zu erwarten sein.

Rom, 9. März. (Köln. Ztg.) Die Zahl der in ihre Diözesen zu Ostem zurückkehrenden Bischöfe ist größer als anfänglich erwartet wurde. Die congregatio excusationum des Konzils zeigt sich nicht schwierig, da bei dieser Gelegenheit die meisten Gegner der Infallibilität ohne Aufsehen entfernt werden können. In der That sind es eben diese, welche, durch den bisherigen Verlauf der Dinge gelangweilt, eine Aufbesserung suchen. Die Infallibilität heften mittlerweile desto mehr Boden zu gewinnen, und haben bereits zu dem Zwecke in ihren Diözesen Kollektivadressen für das neue Dogma organisiert, welche von den Domkapiteln, geistlichen Vereinen und Klöstern so bald wie möglich herzulenden sind.

Frankreich.

* Paris, 12. März. Der Drucker des „Offiziell. Journ.“, Hr. Witterheim, hat den Druck der Protokolle der Sitzungen der Kommission für eine volkswirtschaftliche Enquete übernommen, welche in wöchentlichen Lieferungen veröffentlicht werden sollen. Die Kommission wird ihre Sitzungen am 21. d. M. beginnen.

Der König von Holland, welcher vorgestern in Paris eingetroffen ist, wird nur zwei Tage hier bleiben. Er reist im strengsten Inognito und wird sich von hier nach Monza begeben, um dort einige Wochen zu bleiben.

Man erzählte sich heute unter den im Konferenzsaale des Gesetzsab. Körpers anwesenden Abgeordneten, daß der päpstliche Nuntius, Mgr. Chigi, in Gegenwart des Ministers des Auswärtigen eine neue Unterredung mit dem Kaiser gehabt habe. Es verbreitete sich zugleich das Gerücht von dem Rücktritt des Grafen Daru. Es war auch von dem Eintritt Picard's in eine ministerielle Kombination die Rede, doch sind beide Nachrichten nur mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Die „Presse“ will wissen, daß die betreffende Senatskommission sich fast mit Einstimmigkeit gegen das Senatskonsult ausgesprochen hat, welches auf Abschaffung von Art. 57 der Verfassung, der von der Ernennung der Maires handelt, abzielt.

Der Erzherzog Albrecht hat heute Morgen Paris verlassen; er hat auf der Rückreise nach Deutschland und Oesterreich in Chalons Halt gemacht und dort das Lager inspiziert, wo gegenwärtig Schießübungen vorgenommen werden. Auch hier wurde der Erzherzog mit Aufmerksamkeit überhäuft. — Rente 74.60, Cred. mob. 267.50, ital. Anl. 56.05.

Spanien.

* Madrid, 12. März. Cortes-sitzung. Auf eine lange Rede des Hrn. Castelar antwortend verwirft Marschall Prim energisch all und jede Idee eines Staatsstreikes. Ferner stellte er die Existenz von Aktenstücken bezüglich Cuba's in Abrede, welche in Händen des amerikanischen Kongresses sein sollten. Er erklärte, es existire

durchaus kein von ihm unterzeichnetes Aktenstück bezüglich der Abtretung Cuba's an die Verein. Staaten.

* Madrid, 12. März. In hiesigen Corteskreisen herrscht die Ansicht, die Cortes würden sogleich nach Botirung der Grundgesetze, wenn sie bis dahin noch nicht in der Lage wären, einen König zu wählen, ihre Mission als eine konstituierende Versammlung beendet erklären und fortfahren, als ordentliche Cortes zu tagen. Wie versichert wird, würden in diesem Falle die Prätrogative des Monarchen auf Serrano übertragen werden.

Madrid, 12. März. Heute Morgen fand ein Duell zwischen dem Herzog von Montpensier und dem Infanten Heinrich von Bourbon statt. Letzterer erhielt eine Kugel durch den Kopf und blieb todt. Die Zeugen des Herzogs waren der General Cordova und Miminez, die des Infanten Heinrich waren zwei republikanische Abgeordnete. (Infant Heinrich, Herzog von Sevilla, der jüngere, 1823 geborne Bruder des „Königs“ Franz, durch königl. Dekret seiner Schwägerin Isabella der Infantenwürde enteignet.)

* Madrid, 13. März. Man erzählt über das Duell zwischen dem Herzog von Montpensier und Don Heinrich von Bourbon folgendes Nähere. Das Duell fand statt unweit Marcon in einer Entfernung von 8 Kilomet. von Madrid. Die beiden Gegner zogen das Loos zu entscheiden, wer zuerst schießen würde. Das Loos begünstigte Heinrich v. Bourbon. Die Gegner stellten sich sodann 10 Meter von einander entfernt auf. Kein Resultat. Sodann stellten sie sich in 9 Metern Entfernung auf. Wiederum kein Resultat. Endlich näherten sie sich bis auf 8 Meter. Don Heinrich schoß und verfehlte seinen Gegner; Johann schoß der Herzog von Montpensier und traf Don Heinrich am Schädel unter dem linken Ohr. Der Getroffene fiel sogleich todt um. Der Herzog v. Montpensier zeigte viel Kaltblütigkeit während des Kampfes. Dennoch war er nach dem Duell so angegriffen, daß man ihn zweimal zur Aber lassen mußte.

Nach dem „Constitutionnel“ hätte das Duell zwischen dem Herzog v. Montpensier und dem Infanten Heinrich seinen Grund in einer Broschüre des Letzteren gegen Jenen.

Belgien.

Brüssel, 11. März. Die gestern von dem Finanzminister der Kammer vorgelegten Gesetzprojekte haben ungetheilten Beifall gefunden. Die Abschaffung der Salzsteuer und der Eingangsteuer auf Fische erfüllt schon seit langer Zeit ausgesprochene Wünsche und die Herabsetzung des Briefforto's auf 10 C. für den einfachen Brief wird von der ganzen Geschäftswelt mit Freuden begrüßt. Diese Reformen werden wohl von keiner Seite Widerspruch finden, außer etwa von Seiten der Branntwein-Fabrikanten, deren Industrie höher besteuert werden soll, um den Ausfall zu decken, den jene Reform der Staatskasse verursachen wird. Indessen wird dieser Widerstand von wenig Gewicht sein gegenüber der allgrößten Majorität des Landes. Die Kammer setzt die Berathung des Militär-Strafgesetzes fort.

Niederlande.

Haag, 11. März. (Köln. Z.) Gestern wurde nach zehntägiger Verhandlung und nach zehn Abstimmungen endlich das sog. agrarische Gesetz für Java mit 41 gegen 36 Stimmen angenommen. Es bildet dieses vielbesprochene Gesetz eigentlich nur einen Artikel in dem Reglement über die Verwaltung von Niederländisch-Indien, aber es ist ein wichtiger Artikel, weil er die Bedingungen des Grundbesitzes der eingeborenen Bevölkerung feststellt. Es waren nicht weniger als acht verschiedene Amendements eingebracht, die alle weitläufig entwickelt und bestritten wurden, und alle Sachkenner in der Kammer oder die sich für solche hielten, haben weitläufige Reden gehalten. Die Majorität, womit die Frage entschieden ward, ist nur klein, da nicht nur die Konservativen gegen den Gesetzentwurf des Kolonialministers gestimmt haben. Den größten Widerstand fand die Bestimmung, daß hinfert Eingeborene persönliches erbliches Grundbesitz erlangen können. Die Gegner des Gesetzes fürchten, daß durch die Bestimmungen desselben den Kulturmonopolen des Staats Abbruch geschehen möchte; Andere sprachen sogar die Befürchtung aus, daß in Folge der Verleihung von Grundstücken in Erbpacht, welche das Gesetz auf den Zeitraum von 75 Jahren zuläßt, die Kolonien von fremden Industriellen und Abenteurern überschwemmt werden würden, welche dieselben allmählig den Holländern entfremden würden.

Rußland und Polen.

† St. Petersburg, 12. März. In dem in mehreren deutschen Zeitungen für den Sommer angekündigten Besuch Sr. Maj. des Königs von Preußen am hiesigen Hofe ist hier in maßgebenden Kreisen nichts bekannt.

Türkei.

Konstantinopel, 5. März. Der Vikar des Patriarchen Hassun drohte den widerspenstigen armenischen Katholiken mit Exkommunikation. Die Drohung blieb erfolglos, da Niemand der Ankündigung auch nur Gehör schenken mochte.

Großbritannien.

* London, 11. März. Die Verhandlungen zwischen der französischen und päpstlichen Regierung — so schreibt die „Times“ — gewinnen mit jedem Tage an Interesse und könnten zu Ergebnissen führen, von deren Tragweite sich zum mindesten die eine von den beiden Parteien keine Vorstellung macht. Sehr weit müßte es gekommen sein, wenn schon der Bischof von Orleans und Graf Montalembert Opposition gegen den Vatikan machen — jener bisher ein treuer Diener des Papstes, dieser ein Mann, welcher weder gegen die Republik noch gegen das Kaiserthum ankämpfen mochte, so lange des Papstes Gegner auch ihre Gegner blieben. Jetzt erkläre auch dieser „älteste Sohn

der Kirche“ sich gegen die Unfehlbarkeit des Papstes, gegen die geistliche Diktatur Roms und gegen die „dem gesunden Menschenverstande und der Menschenwürde hohnsprechenden“ Lehren. Der ganze unheilvolle Wirrwarr ist, nach dem Darschalten der „Times“, dadurch entstanden, daß die katholische Christenheit dem Papste seine weltliche, spezifisch italienische Herrschaft gestattete. Dadurch sei das Kardinalskollegium, das Konzil und das gesammte Papstthum lokal römisch statt allgemein christlich geworden. An Frankreich, Oesterreich und Deutschland trete jetzt die Frage heran, ob sie den Despotismus stürzen wollen, den sie selber aufbauen geholfen. Fast scheint der Wille dazu vorhanden zu sein. So rufe man dem Frankreich seine Truppen aus Rom ab, so gebe man den Italienern endlich, was ihnen zugehört, und der Kirche, was ihr zu eigen ist, und wenn das Papstthum schon in Rom verbleiben soll, so umgebe man es doch mit einer Verfassung, die kein Hohn gegen Menschenverstand und Menschenwürde ist!

* London, 12. März. Sitzung des Unterhauses vom 11. März.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung über die irische Landbill. Dieselbe wird durch Gregory wieder aufgenommen, welcher die zweite Lesung beantwortet. Dasselbe ist in sehr warmen Ausdrücken für die Regierung Sir E. D'Loghlen, der die Bill die liberaleste und staatsmännichste nennt, die sich nur wünschen lasse. Lord Cliffo und Hr. Chaplin denken bei weitem nicht so günstig von der Bill. Der Ansicht des Erstgenannten zufolge ist sie eine revolutionäre, kommunistisch angehauchte Maßregel, während Letzterer von ihr voraussetzt, daß sie, statt Frieden zu stiften, die alte Fehde zwischen Grundherren und Pächtern verbittern werde. Trotzdem befürworten Beide die zweite Lesung. Gogan (selber irischer Gutbesitzer) ist überzeugt, daß die Bill alle Theile befriedigen werde, und stimmt für die zweite Lesung. Danning (ebenfalls irischer Gutbesitzer) ist dagegen überzeugt, daß sie ohne gewaltige Amendirung nichts taue, stimmt aber auch für die zweite Lesung.

Darüber war es 10 Uhr geworden. Da erhebt sich der sehr leidend aussehende Disraeli und spricht volle 1/2 Stunden. Er erklärt, daß er die Bill durchaus nicht als eine revolutionäre Maßregel ansehe; er läßt ihr sogar die Gerechtigkeit widerfahren, daß sie ehrlich befreit sei, billig nach allen Seiten zu sein und allen Haber zu befehligen; aber sie enthalte der schlimmsten Einzelheiten so viele, daß sie gründlich amendirt werden müsse, und nur unter der Voraussetzung, daß dieses im Komitee geschehen werde, befürwortet er die zweite Lesung. Zugleich beschwört er das Parlament, sich nicht, wie in einer Zeit panischen Schreckens, zu übergroßer Hast verleiten zu lassen, damit nicht das irische Volk ihm später etwa den Vorwurf machen könne, daß es in der Stunde der Noth vom Parlament in einer Weise behandelt worden sei, als ob es (das irische Volk) Gerechtigkeit und Freiheit weder begreife noch verdiene.

Cladstone, der ebenfalls 1/2 Stunden lang spricht, sagt der Opposition und den Irländern Dank für ihre rücksichtsvolle Haltung, widerlegt die während der vierstündigen Debatte erhobenen Einwendungen gegen die Bill, verspricht mehreren derselben eingehende Berücksichtigung in der Komiteedebatte und beschwört seinerseits das Parlament, diese Gelegenheit zum Abschluß eines neuen Friedensvertrages im Reiche nicht von sich zu stoßen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen von Sir P. O'Brien schreitet das Haus zur Abstimmung über die zweite Lesung. Sie wird mit einer Majorität von 431 Stimmen (442 gegen 11) genehmigt, worauf die Sitzung schließt.

Amerika.

† Washington, 12. März. (Kapeldeutsche.) Der Senat hat 32 gegen 10 Stimmen die von Sherman beantragte Konsolidirungsbill angenommen. In der jetzigen amendirten Form ermächtigt die Bill den Schatzsekretär zur Ausgabe von 1200 Mill. Dollars in Bonds, in 3 Klassen eingetheilt. Kapital und Zinsen sind in flingender Münze zahlbar und steuerfrei. Die 3 Klassen sind folgende: 1) 400 Mill. Prozentige Bonds, welche in 10—40 Jahren eingelöst werden sollen und zum Pari-Kurs gegen die ausstehenden 1/20 Bonds umtauschbar sind. 2) 400 Mill. 4 1/2prozent. Bonds, welche in 15—40 Jahren zurückbezahlt werden sollen und gegen irgend welche ausstehenden Obligationen, die einen höheren Zins in Gold tragen, eintauschbar sind. 3) 400 Mill. 4prozent. Bonds, welche in 20—40 Jahren zurückbezahlt werden sollen und nicht unter Pari gegen irgend welche ausstehende Obligationen der Vereinigten Staaten umtauschbar sind. Der Schatzsekretär wird ermächtigt, alle in Gemäßheit der Bill auszugehenden Obligationen zu Pari gegen Gold zu verkaufen und den Erlös zur Pari-Einlösung, irgend welcher Bonds, die von den Inhabern nicht zum Umtausch offerirt worden sind, zu verwenden. Die Bill ermächtigt den Schatzsekretär ferner, den mit dem Verkauf der Bonds beauftragten Agenten ein halbes Prozent zu bezahlen, und gibt dem Schatzsekretär unumschränkte Vollmacht, die Ausgabe 4prozent. Bonds zu vermehren, vorausgesetzt, daß keine Erhöhung der gesammten Schuld der Nation daraus entsteht.

Eine österreichische Note nach Rom.

* Obgleich der Telegraph vorgestern die Echtheit der Analyse, welche die „Times“ von der vielerwähnten, die 21 Fluch-Carones betreffenden Note, die Graf Beust an den Grafen Trauttmansdorff in Rom gerichtet, bemängelt hat — mit dem Hinzufügen: das Original sei in viel entschiedenem Ton gehalten —, so theilen wir dieselbe in Rücksicht auf die Erläuterung, die wir heute beifügen können, dennoch mit. Sie lautet:

Mit einer Hindeutung auf die Zurückhaltung, welche Oesterreich und die anderen katholischen Mächte bezüglich des Konzils beobachtet haben, bemerkt der Reichskanzler, daß dieselben, in erster Linie Oesterreich und Frankreich — in ängstlicher Sorge, daß der Kirche die Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten frei bleibe — sich in die Vorbereitungen für das Konzil nicht gemischt und auf das ihnen eigentlich gebührende Recht, Vertreter in diese Versammlung zu entsenden, verzichtet haben. An dieser Zurückhaltung seien sie durch den Wunsch, der

Kirche ihre Stellung zu beweisen, und zugleich durch die Anerkennung jenes Grundgesetzes der modernen Zivilisation besetzt gewesen, welcher dem Staate wie der Kirche volle und unbeschränkte Freiheit in ihren heiligtümlichen Wirkungskreisen einräumt. Für Frankreich sei es leichter gewesen, diese Bahn einzuschlagen, als für Oesterreich, da jenes durch seine Verträge mit dem Papste berechtigt sei, die Veröffentlichung jedes beanstandeten Kirchendekrets auf seinem Territorium zu verbieten — ein Recht, das Oesterreich kraft seines eigenen Konkordats nicht besitzt. In Anbetracht dessen, was sich auf dem Konzil vorbereite, und in Erinnerung an den Protest, den die österreichischen Bischöfe vor einiger Zeit gegen die neuen Kirchen- und Schulgesetze in Szene gesetzt, sowie der Agitation, zu der ihr Widerstand das Signal gegeben, könne Oesterreich nicht umhin, mit Unruhe in die Zukunft zu blicken.

Tatsächlich sei es nicht die Absicht des Konzils, die Unfehlbarkeit des Papstes zu proklamieren, was Oesterreich besorgte mache; denn der Reichsfanzler verlässe sich darauf, daß diese Doktrin, wenn es überhaupt zu ihrer Verkündung komme, in einer milden und rein theologischen Form, ähnlich derjenigen, die das Konzil von Florenz gebräuchlich, ausgesprochen werden, und daß sie deshalb ohne besonderen praktischen Einfluß auf den Gang der Ereignisse bleiben werde. Auch habe der Fanzler kein Recht, sich der Proklamierung anderer rein religiöser Dogmen, wie desjenigen von der unbesiegbaren Empfängnis der Jungfrau Maria, zu widersetzen. Etwas Anderes aber sei es, wenn die Kirche im Begriffe stehe, eine dauernde und umfassende Suprematie über den Staat zu verlangen und sich das Recht der Entscheidung darüber anmasse, welche von den Landesgesetzen der weltlichen Macht für die Unterthanen verbindend seien, und welche nicht.

Das sei unglücklicher Weise der Standpunkt, welchen die 21 dem Konzil unterbreiteten, und von gewissen Parteien so warm befürworteten Canones einnehmen. Aber mit der Aufstellung eines so unannehmbaren Grundgesetzes nicht zufrieden, gingen die Canones so weit, auch sofort von der beanspruchten Prärogative Gebrauch zu machen, indem sie viele von den fundamentalen Gesetzen aller modernen und zivilisirten Staaten für ungesund, hinsichtlich, kurz für verflucht erklärten. Beispielsweise anathematisirten die Canones Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Unterrichtsfreiheit, Zivilrechte, die Giltigkeit des Kriminalcodex für den Clerus und eine Reihe anderer Institutionen, unter der Behauptung, sie seien dem Geiste Gottes und der heiligen Kirche zuwider.

Angenommen nun, daß das Konzil diese Schemata wirklich sanctionire, so würde die Gefahr für Frankreich sehr gering sein, da die an den Franzosen gestellten Prinzipien nahezu ein Jahrhundert Landesgesetz gewesen, und wahrscheinlich durch die einmüthige Zustimmung der Gesellschaft aufrecht erhalten werden würden. In Oesterreich dagegen haben die Legalisten erst neuerdings die Nothwendigkeit gefühlt, die in Frankreich längst eingeführten Gesetze zu verlinken, und die Folgen, die sich aus der kirchlichen Opposition gegen die neuen Statuten ergeben, würden daher bei weitem unangenehmer sein. Deshalb habe die österreichische Regierung sich an Rom gewendet, und die verhängnisvollen Ergebnisse dargelegt, die wahrscheinlich aus einem Kampfe zwischen Kirche und Staat entstehen müßten.

Was immer die Kirche anstreben möge, österreichische Gerichtshöfe würden sich nicht zu nachlässiger Behandlung Derjenigen verleiten lassen, welche die Gesetze brechen, oder andere zu deren Verletzung aufsehen. Füge man hinzu, daß die Majorität der österreichischen Bischöfe den Canones widerstrebe, und im Falle ihrer Annahme in die grausame Nothwendigkeit versetzt sein werde, sie entweder gar nicht oder gegen ihr besseres Wissen zu publiciren: so werde man nicht bestreiten, daß mancherlei Gründe einen unerwünschten Ausgang zu befürchten vorlägen. Kom sollte sich hüten, der zivilisirten Welt den Fehdehandschuh hinzuworfen.

Dazu bemerkt die Nordb. Allg. Ztg.:

Oesterreich hat gegen das Vorgehen der Kurie so nachhaltig protestirt, als ihm in seinen Verhältnissen überhaupt möglich war. Graf Beust hat nämlich, wie die „Presse“ als authentisch mittheilt, in der Note an den Grafen Trauttmannsdorff erklärt, daß Beschlüsse im Sinne der bekannten 21 Canones im österreichischen Staate nicht nur nicht zur Geltung gelangen, sondern nicht einmal zur Publication zugelassen werden könnten. Dieser letztere Passus war es vornehmlich, wegen dessen die Analyse der fraglichen Depesche durch die „Times“, welche jenen Passus nicht enthielt, als nicht entschieden genug bezeichnet ward.

Vermischte Nachrichten.

Augsburg, 12. März. (A. N. B. Z.) Der Abg. Dr. Böll ist an der Gichtkranke erkrankt; glücklicherweise ist kein Grund zur Beunruhigung vorhanden.

Ansbach, 10. März. Heute verstarb hier der frühere Minister des Innern, Staatsrath a. D. Georg v. Vogel.

Würzburg, 11. März. (N. Würz. Z.) Die strikenden Bäckerellen haben gestern nach wiederhergestelltem Einvernehmen mit den Meistern mit wenigen Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen. Wie man hört, wäre es zu gar keiner Arbeitseinstellung gekommen, wenn sich nicht Unberufenen dazwischen gedrängt hätten.

Berlin, 13. März. Die national-liberale Fraktion hat sich heute mit dem Gesetz über das Autorenrecht beschäftigt und hat dabei beschloffen, dem § 8 der Vorlage folgende Fassung zu geben: „Der Schutz des gegenwärtigen Gesetzes gegen Nachdruck wird, vorbehaltlich der folgenden besonderen Bestimmungen, für die Lebensdauer des Urhebers und zehn Jahre nach dem Tode desselben gewährt. Beträgt die hierdurch erwachsende Frist nicht 40 Jahre seit dem Erscheinen des Werkes, so verlängert sich dieselbe bis zu dieser Zeitdauer, jedoch nicht über 30 Jahre nach dem Tode des Autors hinaus.“

In Berlin findet die erste Aufführung der „Meistersinger“ von Richard Wagner am 22. März, Königs-Geburtstag, statt. Die Oper ist mit großem Glanz inszenirt. Am dem Tage ist wie gewöhnlich Galavorstellung. Der ganze Hof wird der Vorstellung beiwohnen. Der Andrang zu Billets ist beispiellos.

Aus Linz meldet man der „Presse“: „Dem neu ernannten Religionsprofessor an der Hochschule wird vom Bischofe die Abweisung des verfassungsmäßigen Eides verboten. Der Director hat dagegen den Religionsunterricht ohne vorherige Vereidigung des Professors nicht gestattet.“

Die Jesuiten zu Wien predigen in der Fastenzeit tapfer für die Unfehlbarkeit des Papstes. Der Vater Klinikow's ermehrte dieser Tage, daß es in der katholischen Kirche keinen Liberalismus geben könne. „Denkschrift“, rief er, existirt nicht vor dem Ge-

setze Gottes. Das erste Ethik des wahren Gottesdienstes heißt: glauben! Vor dem Gesetze Gottes gibt es auch keine Rede- und keine Pressfreiheit.“

Im Weiler Platt bei Jßel im Pahnauer Thale brach in einem Bauernhause Feuer aus, das mit äußerster Schnelligkeit um sich griff. Der Hausvater und dessen Weib mit 3 Kindern, von Nachbarn aus dem Schlafe geweckt, retteten mit Noth das nackte Leben. Vier Töchter, eine mit 21 Jahren, die zweite mit 18, die dritte mit 16, die vierte mit 12 Jahren und ein Knabe mit 7 1/2 Jahren fanden aber in den Flammen ihren Tod.

Bern, 12. März. Der Siegbach ist an Herrn. Hauser von Nagay, und zwar um die Summe von 900,000 Fr., verkauft worden. Hr. Hauser beabsichtigt schon dieses Frühjahr bedeutende Neubauten zu beginnen.

Wie Alles, was derzeit in Rom vor sich geht, ein erbittertes Interesse in Anspruch nimmt, so auch das Fa'stenpa'tent des Cardinal-Bischofs der Erzdiözese Rom für das Jahr 1870. Die officielle „Corresp. de Rome“, welche dieses geistliche Aftenstück mit erbaulichen Glossen begleitet, sagt, daß nach uralten kirchlichen Satzungen im Grund sämmtliche Gläubige von Haus aus verpflichtet wären, vom Achermitwoch an bis einschließlich Charfreitag sich jeglichen Genusses von Fleisch, Eiern, Milch, sowie allen anderen Speisen mit irgend einer Vermischung von thierischem Fett auf das Strengste zu enthalten. Wie aber namentlich solche Mehlspeisen aussetzen oder schmecken mögen welche ohne Eier, Milch oder irgend ein Quentchen von Schmalz zubereitet werden, darüber beobachtet der Verfasser dieses frommen Speisetzettels ein tiefes Stillschweigen. Nur der Gnade des päpstlichen Stuhles habe man es allein zu danken, fährt die „Corresp. de Rome“ fort, daß er, in seiner unerlöschlichen Güte die Bedürfnisse und eigenthümlichen Verhältnisse der jetzigen Generation würdigend, gegenwärtig eine zeitweilige Ermäßigung dieser strengen Vorschrift eintreten lasse. Das Edikt spricht sich mit der größten Entschiedenheit dagegen aus, während der ganzen Fastenzeit an einem Tage zugleich Fleisch und Fisch zu verzehren, und reißt in letztere Rubrik auch getrocknete Fische und Austern ein. Daher muß sich hier Jeder mann in den Wochen der Abstinenz sorgfältig vor Zerkreuzung in Acht nehmen. Ein einziger Bissen Stöckchen z. B., am unrichtigen Tage genossen, zieht ihm nach einem Schreiben von Papst Benedict XIV. an den Erzbischof von Compostella vom 10. Juni 1745 unausbleiblich eine schwere Sünde an den Hals.

Sehr lehrreich sind die gründlichen Anschauungen des römischen Episcopats rücksichtlich der Chocolade als Frühstück. Es wird darüber ausdrücklich gesagt: „Die in Wasser aufgelöste Chocolade ist im höchsten Zustande, daher offenbar als Getränk zu betrachten und widerspricht somit nicht dem Fastengebote.“ (Nach Cardinal Brancacci, citirt von Benedict XIV.) Die „Corresp. de Rome“ schließt sich diesen aufgeklärten Ansichten über die Chocolade vollständig an und wagt dabei die freimüthige Bemerkung: „Wir meinen, daß man von Kaffee und Thee wohl auch dasselbe sagen könne, Zucker ist nicht verboten, aber Milch ist durchaus nicht erlaubt.“ Aus diesen letzten erfreulichen Aeußerungen mag der Leser mit Befriedigung entnehmen, daß in dem Patrimonium Petri, wenigstens was die Chocolade anbelangt, die liberalen Ideen von jenem der Alpen bereits durchzutropfen beginnen.

Die neue spanische Verfassung wird bald, wenn nicht in die Herzen, so doch in die Köpfe der spanischen Jugend eingeschrieben sein. Die amtliche Zeitung enthält einen Erlass, durch welchen das Auswendiglernen der Verfassung zu einem Gegenstande des Zwangsunterrichts in allen Schulen gemacht wird.

Das Königreich Dänemark hatte am 1. Februar d. J., laut Volkszählung, 1,780,000 Einwohner gegen 1,600,551 vor zehn Jahren. Island, Grönland, Färöer-Inseln und Kolonien sind nicht mitgerechnet.

London, 11. März. Die Eröffnung der italienischen Oper im Coventgarden-Theater wird von den Directoren — man erinnert sich, daß die Herren Gye und Mapleson nach langer Rivalität sich in der vergangenen Saison zu einem gemeinschaftlichen Unternehmen verbündeten — für den 29. März angefündigt. Es werden wöchentlich vier Opern gegeben.

Badische Chronik.

Heidelberg, 11. März. (Heidelb. Z.) In der letzten Nacht spielte auf dem hiesigen Bahnhof ein ächtes Gaunerstückchen. Zwei Damen trafen mit dem Nachzug hier ein und verweilten bis zu ihrer beabsichtigten Weiterreise in dem Wartsaal zweiter Klasse. Alsbald entdeckte eine derselben, die sich einem kurzen Schlummer überlassen, daß ihr Portemonnaie abhanden gekommen und daß ihr auch noch andere Werthgegenstände fehlten. Der ebenfalls gegenwärtige Portier fand sich veranlaßt, dem Vorgange auf die Spur zu kommen, und da die Verlohrene ihre Reisegeldtasche für ungeschuldig erklärte, so konnte der Portier selbst nur als der Sünder gemeint sein, da im Verlauf der Zeit Niemand im Wartsaal zugegen war. Der Portier verhand jedoch keinen Spott und führte die ihm verdächtige Frauensperson sofort in ein absonderliches Gemach, wo er eine genaue Untersuchung vornahm. Schon gab der Portier seine Aufgabe verloren, als er in dem Ohignon der Gaunerin einen goldenen Ring, ein Brillantring u. s. w. entdeckte, sofort die Anzeige bei der Behörde machte, welche der Ohignon-dame Gelegenheit gab, über ihr sündhaftes Handwert genauere Studien zu machen.

Die Leistung des hiesigen Theaters ist für die nächste Saison aus den Händen des langjährigen selbigen Directors Widmann an den bisherigen Regisseur Hrn. v. Stoz übergegangen.

Vom Oberrhein, 14. März. Das lebhafteste Interesse, welches die Schweiz im gegenwärtigen Augenblicke dem Eisenbahnbau zuwendet, hat dort eine Rührigkeit und Energie hervorgerufen, welche im laufenden Jahrzehnt eine Anzahl der wichtigsten neuen Projekte realisiren dürfte. Was die Gotthard-Bahn betrifft, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Verpflichtungen für die der Schweiz zuzulassenden 20 Millionen schon in der nächsten Zeit realisirt sein werden. Im Westen begegnen wir sodann dem Bahnprojekt Genè-Annemasse, bestimmt an letzterem Orte in die Linie einzumünden, welche von Thonon über Annecy nach Chambéry gebaut wird und so den Genèrsee und Genè auf dem kürzesten Wege mit dem Mont Genè verbindet. Ferner werden die Linien Brugg-Basel, Biel-Basel, Bern-Luzern und Brugg-Jmmensee thunlichst bald zur Ausführung kommen. Der ungeheure Einfluß, den die Alpenbahnfrage auf den größten Theil aller Eisenbahn-Projekte dort ausgeübt hat und noch aus-

üben wird, kann dabei Niemanden entgehen. Mit Ausnahme der Ob- und Nordschweiz anhängigen Eisenbahn-Verstärkungen von der Sicherung der Gotthard-Bahn abhängig gemacht. Der Einfluß einer Alpenbahn auf alle diese Bestrebungen wird übrigens erst dann recht hervortreten, wenn jene einmal ganz gesichert und in Angriff genommen ist. Dann wird im Eisenbahn-Bau und in allen mit diesem in Verbindung stehenden Geschäften während 6 bis 7 Jahren eine Thätigkeit sich entwickeln, welche in der Schweiz noch ohne Beispiel dasteht. Im Neuchâtel und Tessinthal wird eine massenhafte Einwanderung stattfinden. Einen großartigen Aufschwung werden namentlich auch die Maschinenwerkstätten jener Gegenden dadurch erhalten. In welcher beträchtlicher Zunahme der Verkehr zur Zeit begriffen ist, mögen Sie aus der Thatsache entnehmen, daß im verfloffenen Januar 1870, mitbin in einem einzigen Monate, die Anzahl der Reisenden auf den schweizerischen Eisenbahnen 774,317 Personen, — und die Menge der durch jene Bahnen beförderten Waaren 1,777,091 Zmr. betragen hat.

Konstanz, 13. März. Am verfloffenen Donnerstag starb im benachbarten Emmishofen auf der „Hochstraße“ in Folge eines Herzschlags der bekannte Schulmann Dr. Thomas Scherr, Bruder des noch lebenden Professors Johannes Scherr in Zürich. Geboren am 15. December 1801 im Württembergischen, wurde er zuerst an eine Taubstummen-Anstalt nach Zürich und später als Director des Lehrerseminars nach Rügen a. h. berufen. Dort mußte er in Folge der bekannten Bewegung von 1839 abtreten und lebte seitdem als Privatmann und als Schriftsteller, uerwundlich thätig für die Hebung des Schulwesens. Von seinen Schriften heben wir hervor sein „Pädagogisches Bilderbuch“, das er unter dem Namen Brumann herausgab. Von dem Ansehen, das der Verstorbenen genoss, zeugt der heutige Leichenzug in großartiger Weise. Der Lehrerstand aus dem Kanton Zürich war so zahlreich vertreten, daß von Romanghorn nach Konstanz ein Extra-Schiff abging. Eine ungemöhnliche Begleitung versammelte sich um 10 Uhr vor dem Trauerhause, um dem Sarge das letzte Geleite nach „Egerweilen“ zu geben, wo auf ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen die Begräbnisfeierlichkeit und sodann in der protestantischen Kirche der Trauer-Gottesdienst von Hrn. Kirchenrath Künzler gehalten wurde, durch dessen Rede die Versammlung ungemain ergriffen wurde. Unzweifelhaft hat sich Scherr lebendige Verdienste um das Volksschulwesen und den Lehrerstand erworben.

In hiesiger Stadt macht wieder eine Unterthlagung auf der Post viel von sich zu reden, die durch den noch nicht lange hier beschäftigten Postgehilfen B. von Meßkirch ausgeht wurde. Die Summe beträgt 1290 fl. und war an ein Frankfurter Handlungshaus adressirt. Außerdem soll derselbe durch Vereitelung von Postanweisungen allmählig noch gegen 600 fl. entwendet haben. Man ist ihm noch nicht auf der Spur. Auf nachträgliche Anzeige des Postillons ist er am 2. März nach Weinselden gefahren, wo er ein Billet nach Zürich nahm. Die weiteren Nachforschungen waren bis jetzt vergeblich.

Karlsruhe, 14. März. 24. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 15. März, Morgens 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts des Geh. Rathes Dr. Bluntzschli über den zwischen Baden und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Staatsvertrag wegen wechselseitiger Gerächung der Rechtshilfe. 3) Erstattung und Berathung des Berichts des Geh. Rathes Dr. Herrmann über den Gesetzentwurf der Zweiten Kammer, betreffend die Abschaffung der Todesstrafe. 4) Erstattung und Berathung des Berichts Sr. Groß. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden über den Gesetzentwurf, die Wahlbezirke für die Wahlen zur Zweiten Kammer betreffend. 5) Berathung der von Generalmajor Grafen v. Sponeck erstatteten Berichte der Budgetkommission: a) über das ordentliche Budget des Großh. Ministeriums des Innern, Tit. IX, X und XI; b) über das außerordentliche Budget des Großh. Justizministeriums und des Großh. Ministeriums des Innern, für die Jahre 1870 und 1871. 6) Berathung des zweiten Kommissionsberichts über den Gesetzentwurf, den Betrieb der Wirtschaften und den Kleinhandel mit geistigen Getränken betreffend; Berichterstatter: Oberbürgermeister Malff.

Karlsruhe, 14. März. 71. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 15. März, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Mündliche Erstattung und Berathung des Berichts des Abg. Kirsner über den Gesetzentwurf, „den Bau einer Gotthard-Bahn betr.“ 3) Berathung des Berichts des Abg. Gerwig über den Gesetzentwurf, die Bervollständigung des Eisenbahnnetzes betreffend, und über die aus verschiedenen Landesstellen eingekommenen Petitionen wegen Herstellung weiterer Eisenbahnen.

Frankfurt, 14. März. Nachm. Oester. Creditaktien 27 1/2, Staatsbahn-Aktien 37 1/2, Silberrente 58 1/2, 1860r Loose 79 1/2, Amerikaner 95 1/2, Gold —.

Verantwortlicher Redacteur:
Dr. J. Hermann Klein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 15. März. 2. Quartal. 43. Abonnementsvorstellung. Die Kette nach China, komische Oper in 3 Akten, von Bazin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 16. März. Die Verschönerung des Fiesco zu Genua, Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.

Die Gartenlaube bringt in ihrer Nummer 11 folgende Beiträge: Aus eigener Kraft. Erzählung von W. v. Gillems, geb. Witz. (Fortsetzung.) — Gaudemus! Von G. Arnold. Mit Viktor Schefel's Portrait. — Eine Thierverfeigerung in Antwerpen. Von Brehm. — Das amerikanische Hotel. — Ein Tempel der Hauskultur. Mit Abbildung: Vor dem Ausstellungsgebäude in der Karlsare bei Kassel. — Vom deutschen „Gantor-Frisch“ in Ungarn. Von H. Bela. — Plätter und Blätter. — Ein Hotel der Kunstindustrie. — Kleiner Briefkasten.

